

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/79

Bonn, den 24. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Gewandelt, aber nicht überholt

82

Zum 1. Mai 1964

Von Willy Brandt

Erster Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3 - 4

Nach den Vorschlägen der Kultusministerkonferenz

85

Hessen ändert seine Reifeprüfungsordnung

Von Dr. Karl Ehrhardt

5

Koalitionskrise fällig?

29

Dehler und der Bundeskanzler

6

Bezeichnend

23

Gaullisten, Europarat und die USA

6

Fortschritte im größeren Europa

30

"Wohlstandsinself" undenkbar

Von Bruno Küster, Genf

Dieser Artikel ist erst für  
die Ausgabe zum 1. Mai frei-  
gegeben

Gewandelt, aber nicht überholt

Zum 1. Mai 1964

Von W i l l y B r a n d t

Erster Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dieser Beitrag zum 1. Mai soll mit einer vorweggenommenen Nachbetrachtung beginnen. Denn auch in diesem Jahr wird es nach den Maifeiern wieder drei Meinungsgruppen geben.

Die einen werden sagen, dieser Tag sei eigentlich überflüssig geworden. Sie werden das sagen mit einer mehr oder weniger deutlichen Spitze gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten.

Andererseits werden beklagen, daß der kämpferische Charakter des 1. Mai nicht deutlich genug zum Ausdruck gekommen sei. Sie werden den Blick in die Vergangenheit lenken und meinen, daß es damals anders und besser gewesen sei.

Die Kommunisten hinter Mauer und Stacheldraht aber werden mit lärmendem und falschem Stolz aufzählen, wieviele Panzer und Raketen an ihren Mai-Paraden teilgenommen haben.

Solche Nachbetrachtungen sind nicht neu. Gerade deswegen müssen wir Sozialdemokraten sagen, wie wir heute den 1. Mai verstehen. Und wie wir wünschen, daß dieser Tag der Arbeit gewürdigt wird.

Die Botschaft des 1. Mai hat sich gewandelt, aber sie ist nicht überholt. Heute haben wir es im freien Teil Deutschlands nicht mehr mit dem rechtlosen Untertan zu tun, sondern mit dem gleichberechtigten Staatsbürger. Aus dem Proletarier früherer Zeiten ist der selbstbewußte Arbeitnehmer geworden, der um seine Geltung als Wirtschaftsbürger ringt. Und die Sozialdemokratische Partei darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie an dieser Entwicklung und an dieser Wandlung entscheidenden Anteil gehabt hat.

Wir haben keine Veranlassung, die Vergangenheit zu verleugnen, denn der Wandel zum Besseren ist ein Zeugnis für unsere Leistung. Deshalb mag uns etwas Wehmut überkommen, wenn wir die Maikundgebungen an vielen Orten verkümmern sehen. Aber wir können mit Freimut und Offenheit darüber sprechen, daß es heute tatsächlich anderer Formen bedarf, als sie vor 50 oder 70 Jahren üblich und richtig waren.

Der Grundgedanke des 1. Mai bleibt bestehen. Der 1. Mai war immer Ausdruck einer Freiheitsbewegung. Einer Bewegung, die für die Würde und Gleichberechtigung des Menschen stritt.

Ausdruck der Freiheitsbewegung muß dieser Tag auch heute sein und in Zukunft bleiben. In einer Welt, die so klein geworden ist, wäre es doppelt verfehlt, nur an sich selbst zu denken. An diesem Tag dürfen wir auch nicht nur mit Sprüchen bei unseren Landsleuten hinter Mauer und Stacheldraht sein, wir müssen mit dem Herzen bei ihnen sein.

Freiheit darf nicht an künstlichen Grenzen enden. Freiheit und Selbstbestimmung dürfen wir an diesem Tag nicht nur für die fordern, die unsere nächsten Brüder sind. Die Freiheitsforderung des 1. Mai gilt allen Versklavten, gilt jedermann, der in Unterdrückung lebt.

Auch der zweite Grundgedanke des 1. Mai, der der Gerechtigkeit, hat an Aktualität nichts verloren. Der mehr oder weniger ausreichende Verdienst, der Kühlschrank und selbst das Auto sind kein Beweis, daß es gerecht zugeht. Wir haben noch manchen sozialen Hinterhof in der Bundesrepublik. Und wir lassen Begabungen verkümmern, die die Nation in zehn oder 20 Jahren bitter brauchen wird.

Es geht hier nicht um Gleichmacherei. Es geht um die gleichen Chancen, die jeder haben muß. Wie er sie nutzt, obliegt der Verantwortung des einzelnen. Aber es geht auch um jenen Teil des Lebensstandards, den der einzelne nicht für sich allein, sondern den er nur in der Gemeinschaft erreichen und sichern kann.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich an diesen Tag auch an seine Partei. An seine Partei, die sich rüsten muß für die Gemeindewahlen, die im Herbst in fünf Bundesländern stattfinden, und für die große Auseinandersetzung im kommenden Jahr.

1964 brachte den großen Sprung nach vorn. Diesmal ist die Ausgangslage günstiger als vor vier Jahren. Im nächsten Jahr gilt es, zur eindeutig führenden Kraft in der Bundesrepublik zu werden.

Täuschen wir uns nicht. Der innenpolitische Gegner weiß, worum es geht. Wir brauchen deshalb jeden in unserer großen Gemeinschaft, wir brauchen jede Hand und jeden Kopf zur Mithilfe.

Wir kämpfen nicht um parteilicher Vorteile willen. Wir kämpfen für unser Volk und gerade auch für die Grundforderungen des 1. Mai: für innere und äussere Freiheit, für Gerechtigkeit und Frieden.

Für die kommandierten Menschen in Leipzig oder Weimar, in Rostock oder Ostberlin, ist dieser Tag von besonderer Bitternis. Ihre Bedränger befehlen, "Friede" zu rufen und lassen gleichzeitig Panzer aufmarschieren. Aus "Freundschaft" wurde Bespitzelung und geistiger Terror. Ein Tag wird zur Qual, wenn er seines Sinnes und seiner Würde entkleidet ist.

Nicht zuletzt ist dieser Tag ein Appell an die Welt, den Frieden zu bewahren. In der Zeit, in der wenige Wasserstoffbomben ganz Deutschland in eine rauchende Trümmerwüste verwandeln können, hat Politik nur dann einen Sinn, wenn sie gleichermaßen dem Frieden und der Freiheit dient.

Die in hundertjähriger Bewährung gestählte Sozialdemokratische Partei ist immer eine Partei des Friedens und der Freiheit gewesen. Sie wird mit beiden Beinen auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben. Aber sie wird nie müde werden, die Wirklichkeit zu verändern.

Nach den Vorschlägen der Kultusministerkonferenz

Hessen ändert seine Reifeprüfungsordnung

Von Dr. Karl Ehrhardt

Der hessische Kultusminister, Professor Dr. Ernst Schütte, hat als erster Kultusminister der Bundesrepublik mit Wirkung vom 1.4.1964 eine neue Reifeprüfungsordnung in Kraft gesetzt. Dies war notwendig geworden, weil die Rahmenvereinbarung der KMK "zur Ordnung des Unterrichts auf der Oberstufe der Gymnasien" ("Saarbrücker Rahmenvereinbarung" vom 29.9.1960) auch Hessen verpflichtete, eine Reform der Oberstufe in Angriff zu nehmen. Die Rahmenvereinbarung stellt fest:

- \* "Die Verminderung der Zahl der Pflichtfächer und die Konzentration der Bildungstoffe werden eine Vertiefung des Unterrichts ermöglichen und die Erziehung des Schülers zu geistiger Selbsttätigkeit und Verantwortung fördern. Damit werden die Grundlagen zu einer besonderen Arbeitsweise geschaffen, die sich von den Unterrichtsmethoden der Unter- und Mittelstufe der Gymnasien unterscheidet und der Oberstufe eine eigene Prägung gibt."

Inzwischen sind in verschiedenen Ländern der Bundesrepublik entsprechende Reformen angelaufen. In Hessen wurde mit den "Bildungsplänen für die allgemeinbildenden Schulen" (1961) die Oberstufenreform begonnen. Erstmals wird nach ihrer Einführung 1965 unter neuen Bedingungen die Reifeprüfung abgelegt. Es ist einleuchtend, daß diese Oberstufenreform auch Konsequenzen für die Gestaltung der Reifeprüfungsordnung nach sich zieht, und so ist diese ein weiterer Schritt auf dem Wege, unseren Gymnasien ein neues, den gesellschaftlichen Forderungen gemüßes Gesicht zu geben.

Worin liegen nun die bedeutsamen Änderungen gegenüber der Reifeprüfungsordnung vom 25. 9. 1951 ?

- \* Die Versetzung in die Klasse 13 wird zugleich als Zulassung zur Reifeprüfung (Abitur) gelten, auf eine besondere Zulassung wird verzichtet.
- \* Die Prüfungstermine werden vorverlegt, und zwar wird die schriftliche Prüfung in der Regel vor Weihnachten abgeschlossen, die mündliche Prüfung soll in der Zeit zwischen dem 1. Februar und dem 15. März stattfinden.
- \* Die schriftliche Prüfung umfaßt vier Arbeiten: einen deutschen Aufsatz und eine mathematische Arbeit für alle Schultypen - außerdem eine lateinische und eine griechische Arbeit (bimaltsprachlichen Typ der Gymnasien, eine Arbeit in den beiden Pflichtfremdsprachen beim neusprachlichen Typ, je eine Arbeit in der Pflichtfremdsprache und in Physik

- \* beim mathematisch-naturwissenschaftlichen Typ. Bei allen
- \* diesen Arbeiten sind weniger Einzelkenntnisse zu verlangen,
- \* vielmehr ist dem Prüfling Gelegenheit zu geben, seine gei-
- \* stige Reife, die Fähigkeit klarer Denkens und sachgerechten
- \* Ausdrucks nachzuweisen.
- \* Dem Schüler stehen geeignete Hilfsmittel zur Verfügung, die
- \* ihn anhalten, entsprechend dem neuer Arbeitsstil eigenstän-
- \* dig die gestellten Aufgaben zu lösen (z.B. Wörterbücher bei
- \* altsprachlichen und einsprachige Wörterbücher bei neusprach-
- \* lichen Arbeiten).
- \* Bei der mündlichen Prüfung werden sich künftig die Abiturien-
- \* ten nicht mehr wie bisher auf 12 - 14 Fächer vorbereiten müs-
- \* sen, sondern lediglich auf die vier Fächer der schriftlichen
- \* Prüfung, auf Gemeinschaftskunde und auf das Wahlprüfungsfach
- \* (ein zu Beginn des 13. Schuljahres vom Schüler gewähltes Fach).
- \* Ist die schriftliche Arbeit durch den Fachlehrer als "nicht
- \* ausreichend" beurteilt worden, beauftragt der Schulleiter
- \* jetzt einen Korreferenten, diese Arbeit durchzusehen und zu
- \* bewerten. Gelangt der Korreferent zu einer unterschiedlichen
- \* Beurteilung, setzt der Schulleiter mit beiden gemeinsam
- \* die Note fest.
- \* Das Abitur ist bestanden, wenn in allen Fächern mindestens
- \* die Note "ausreichend" erreicht wird. Bietet der Abiturient
- \* aber trotz festgestellter Mängel nach dem Urteil der Mehr-
- \* heit des Prüfungsausschusses die Gewähr, daß er sich einen
- \* Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule mit Erfolg un-
- \* terziehen kann, dann wird auch in solchem Falle die Prüfung
- \* für bestanden erklärt. Nicht ausreichende Leistungen im Deut-
- \* schen schließen das Bestehen der Reifeprüfung aus, sofern sie
- \* in mangelnder Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und
- \* Schrift ihre Ursache haben.
- \* Die Schüler werden im ersten Vierteljahr der Klassen 12 und
- \* 13 über die entscheidenden Bestimmungen der Prüfungsordnung
- \* unterrichtet. Das sollte sich zwar von selbst verstehen, in
- \* der neuen Reifeprüfungsordnung wird es jedoch ausdrücklich
- \* angeordnet.

Die Zahl der Unterrichtsfächer ist in Hessen in der Absicht vermindert worden, eine sinnvolle Oberstufenreform der Gymnasien durchzuführen. Jetzt folgt die Verringerung der Zahl der Prüfungsfächer als notwendige Konsequenz. Die Anforderungen in den beibehaltenen Unterrichtsfächern steigen, doch ist durch die geringere Zahl der Fächer auch eine größere Konzentration und somit eine höhere Leistung der Schüler in den Prüfungsfächern zu erwarten. Damit ist ein weiterer Schritt in Richtung auf das Ziel getan, das schon der Konferenz der Kultusminister vorschwebte: es sollen und werden künftig mehr und vor allem bessere Abiturienten herangebildet werden.

## Koalitionskrise fällig ?

### Dehler und der Bundeskanzler

sp - In Wahlkämpfen wird nicht jedes gesprochene Wort auf die Goldwaage gelegt. Doch was der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der streitbare Dr. Dehler, über Bundeskanzler Erhard sagte, geht doch weit über das Gewohnte hinaus. Dehler machte aus seinem Herzen keine Mördergrube. Die Freien Demokraten haben einst Erhard sehr hoffiert, sie betrachteten ihn in den Jahren von 1946 bis 1949 als ihren Mann und tragen es ihm heute noch nach, daß er statt zur FDP zur CDU überschwenkte. Der Ärger darüber ist verständlich, enttäuschte Liebe trägt oft bittere Früchte.

Soweit hält sich dies im Rahmen einer persönlichen Angelegenheit zwischen Dehler und Erhard. Wenn aber damit auch so schwerwiegende Anschuldigungen erhoben werden wie die, der Bundeskanzler habe das Parlament im Zusammenhang mit dem Stahlröhrenembargo gegen die Sowjetunion "belogen und betrogen", dann wird die Sache ernst. Die Partei Dehlers gehört der Regierungskoalition an und akzeptierte Erhard als Regierungschef. Hat er, Erhard, nun wirklich das Parlament belogen und betrogen? Man weiß von Dehler und seinem Temperament und daß ihm manchmal die Zunge durchgeht. Doch ein solch massiver Vorwurf, erhoben gegen den Bundeskanzler, wiegt schwer und muß wohl substantiiert sein. In welcher peinlichen Lage bringt Dehler die Koalition und deren Regierungschef? Wird es wieder Dementis geben, wird Erhard den Vorwurf unwidersprochen auf sich sitzen lassen, wird er auf eine Generalbereinigung des Koalitionsklimas drängen? - Dehlers Wahlkampfäußerung beleuchtet blitzartig den inneren Zustand einer Regierung, in der Mißtrauen und Argwohn das Verhältnis der Partner zueinander bestimmen. Kein Wunder, daß eine solche Regierung, beladen mit diesen Bleigewichten, zur Aktionsunfähigkeit verurteilt ist.

+ + +

### Bezeichnend

### Gaullisten, Europarat und die USA

sp - Das Frankreich de Gaulles verpaßt keine Gelegenheit, seine von den übrigen Verbündeten abweichende Einstellung zu den Vereinigten Staaten zu beweisen. Zuletzt in der Frühjahrssession des in Strassburg tagenden Europarats. Eine allgemeine zur Verabschiedung stehende Entschliessung enthielt den Satz, die Europarats-Regierungen sollten alles vermeiden, was die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten vergiften könne. Dieser Satz mit seiner verpflichtenden Festlegung erregte das Mißfallen der gaullistischen Fraktion, sie verlangte seine Streichung und statt dessen eine weniger verbindliche Formulierung. Sie kam mit ihren Änderungswünschen nicht durch, sie unterlag bei der Abstimmung. - Dieser bezeichnende Vorfall läßt die Kluft erkennen, die de Gaulle zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten aufgerissen hat, sie zeigt aber auch den Willen der übrigen Länder, ihm auf diesem Wege nicht zu folgen. Was sich Europa absolut nicht leisten kann, ist eben die Vergiftung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Die gegenwärtige französische Regierung mag sich dieser Erkenntnis verschließen und zu weiteren Sondertouren neigen, doch muß sie dabei auch das Risiko wachsender Isolierung innerhalb des atlantischen Bündnisses in Kauf nehmen.

+ + +

Fortschritte im größeren Europa"Wohlstandeinseln" undenkbar

Von Bruno Kuster, Genf

In aller Stille baut die Wirtschaftskommission für Europa, in der Ost und West am gleichen Tische sitzen, ihre Tätigkeit aus. Bei der Eröffnung ihrer 19. Tagung, die gegenwärtig in Genf stattfindet, betonte ihr Vorsitzender, der Grieche Ange Vlachos, daß die Kommission ihre Arbeit nur im Hinblick auf die künftige Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten bewältigen konnte. Damit spielte er mit diplomatischer Zurückhaltung auf die Möglichkeit an, daß die gegenwärtige Spaltung zumindest in dieser Form vielleicht doch nicht so ganz endgültig ist.

Jedenfalls gestattet auch der gegenwärtig noch recht begrenzte Spielraum sachliche Fortschritte, die um so beachtlicher sind, je weiter sie von der Politik entfernt sind. Greifbare Ergebnisse wurden in der Normung des geschäftlichen Verkehrs, in der Vereinheitlichung der Verkehrsvorschriften und der Erleichterung des internationalen Transportwesens wie auch in der technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit erzielt. Aber auch die ständige Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, der beiderseitige Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Erörterung der Grundfragen der Wirtschaftspolitik ermöglichten eine Versachlichung der Probleme und die weitgehende Überwindung der bloß polemischen Auseinandersetzungen. So ist es im letzten Jahr erstmals gelungen, eine undogmatische Aussprache über die Hindernisse, die dem west-östlichen Handelsaustausch infolge der Verschiedenheit der beiderseitigen Wirtschaftsordnungen im Wege stehen, hinter verschlossenen Türen in Gang zu bringen.

Voraussetzungen der Prosperität

Die weitere Expansion der gesamten europäischen Wirtschaft hängt nach Ansicht von Wladimir Velebit, dem Exekutivsekretär der Kommission, vor allem von der Zunahme der Ausfuhr im innereuropäischen und im weltweiten Rahmen ab. Auf der anderen Seite wird aber das Produktionsvolumen mehr und mehr von der Fähigkeit zur Steigerung der Produktivität bestimmt, da in den meisten Ländern die Reserven an Arbeitskräften zurückgegangen oder gar erschöpft sind. Deshalb ist die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet so wesentlich - "selbst lebenswichtig", sagte Velebit - geworden, wenn man sichere und rasche Fortschritte herbeiführen will.

Als wichtige Aufgaben, mit denen sich die Kommission befassen soll und auch kann, nannte Velebit namentlich eine neue Beurteilung der Energiepolitik Europas im Lichte der jüngsten Entwicklung. In diesem Zusammenhang empfiehlt er auch eine rationellere Nutzung der Wasserkräfte im gesamteuropäischen Rahmen. Ebenso ist die Bekämpfung der Luftverunreinigung eine Aufgabe, die nicht an politischen oder ideologischen Grenzen halt macht. Ferner sollen die Forschungsarbeit und der Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, der Bauindustrie im allgemeinen und der wirtschaftlichen Planungsverfahren verstärkt werden.

Angesichts der Begehren, die von den rückständigen Ländern an Europa herangetragen werden, stellte Velebit fest, daß sich Europa der doppelten Aufgabe gegenübergestellt sieht, die Lage der eigenen Bevölkerung zu verbessern und gleichzeitig den anderen zu helfen.

Denk "Wohlstandeinseln" sind in der Welt von morgen undenkbar.